

Rästelraten um Ursprung des Vorschlag "Erlensundern"-Standorts

19.48 Uhr: Das Rästelraten um den **Ursprung des Vorschlags Erlensundern** geht weiter Lünens Bürgermeister Hans Wilhelm Stodollick will auch nichts damit zu tun haben: "Ich habe den Standort nicht genannt. Ich hätte ihn auch nicht genannt, weil ich die Bürgerschaft nicht entzweien will. Mir sind die Bürger Niederadens genauso wichtig wie alle anderen."

19.45 Uhr: Unruhe im Publikum. Man wirft der Ministerin vor, Fragen nicht zu beantworten. Die Ministerin wirkt jetzt aufgeregt: "Das Verfahren wird vom Kabinett und von Hannelore Kraft mitgetragen."

19.43 Uhr: Nun ist **Ministerin Steffens** wieder an der Reihe: "Es gibt nicht so viele Standorte, die in Frage kommen. Der Rat der Stadt Lünen muss am Ende die Entscheidung treffen, ob die Stadt das Grundstück verkaufen will oder nicht." Sie wiederholt, dass alle Argumente geprüft werden. Sie wirkt etwas aufgeregt.

19.40 Uhr: Ein Mitglied der **Linken in Kamen** sagt: "Es gibt im Norden von Lünen Ackerflächen an der B 236, die besser geeignet sind." Ein **Anwohner des Erlensundern** meint: "Ich bin der erste Bürger, der hier zu Wort kommt. Das ist nicht in Ordnung." Er höre von Lünen nichts mehr, verlangt ein Statements von Lünens OB. Ein **weiterer Bürger**: "Wer hat Erlensundern ins Gespräch gebracht und warum? Und in Richtung an die Ministerin: "Ich lade Sie zur Ortsbesichtigung ein, damit Sie Ihre grüne Seele beleben können." Die Ministerin sagt, sie wisse nicht, wer den Standort vorgeschlagen hat. Sie wird ausgelacht.

19.37 Uhr Ein **Ratsmitglied der Linken** meint: "Erlensundern ist ein ungünstiger Standort für die Patienten." **Wolfram Frebel von den Grünen in Scharnhorst** betont den potenziellen Schaden für die Umwelt: "Erlensundern geht gar nicht. Das soll so bleiben wie es ist. Ich wünsche mir, dass es aus der Prüfung herausgenommen wird. Wer die Landschaft kennt, weiß: Da kann man nichts hinmachen." Der **Landschaftswächter im Stadtbezirk Scharnhorst**, Mertins, warnt ebenfalls: "Wir können unser Ehrenamt an den Nagel hängen, wenn die Forensik kommt." **Grünen-MdL Daniela Schneckenburger** sieht die SPD in der Pflicht: "OB Langemeyer hat damals die Forensik in Aplerbeck durchgedrückt, weil wir eine Verantwortung haben." Sie fragt die Ministerin: "Trägt das Kabinett in Düsseldorf das mit?"

19.22 Uhr: Jetzt antwortet die Ministerin auf die gesammelten Fragen aus dem Publikum: "Die Bergbauschäden werden geprüft." Sie verteilt auch eine Spitze gegen SPD-Chef Drabig: Es freue sie, dass auch diejenigen den Naturschutz hochhalten, die ihn bisher noch nicht so kannten. "Wir werden alle Argumente abwägen, und deshalb prüfen wir jetzt in Ruhe." **Die Aufregung verstehe sie nicht.** "Jedes ernstzunehmende Grundstück muss ich prüfen". Sie bekommt (auch) Applaus.

19.18 Uhr: Ein Bürger aus Kamen bringt ein völlig neues Argument gegen den Standort: Psychisch Kranke könnten dort nicht gesund werden, weil dort schlicht und ergreifend nichts ist — anders als auf Victoria I/II. Dortmunds **SPD-Ratsherr Bruno Schroers** nimmt den Vorstoß des Landes mit Humor: "Dortmund hat noch zahlreiche andere Einrichtungen für psychisch kranke Menschen. Wir haben die Flüchtlinge in Derne gut aufgenommen. Wahrscheinlich machen wir es in Dortmund zu gut, deswegen kann man uns immer noch mehr aufhalsen." Er bekommt tosenden Applaus.

19.13 Uhr: Die **Fraktionssprecherin der Dortmunder Grünen, Ingrid Reuter**, ergreift das Wort. Sie hoffe, dass sich die hochkochenden Emotionen wieder abkühlen — und macht sich unbeliebt: "Wir müssen sachlich bleiben. Wir sind noch gar nicht soweit, endgültig über Erlensundern zu sprechen. Es muss erst geprüft werden. Natur- und Ökologiebelange gehören dazu." Sie erntet Buhrufe. "Wir haben die Pflicht, eine Forensik zu schaffen." Jetzt kochen die Emotionen wirklich hoch.

19.08 Uhr: Dortmunds **SPD-Chef Franz-Josef Drabig** meint: Es gibt andere Standorte, an denen man eine Forensik bauen kann. "Erlensundern ist eine Fläche mit wichtiger Flora und Fauna." Nach dem folgenden Satz brandet stürmischer Beifall auf: "Es kann nicht sein, dass wir letztlich nur noch über die Farbe der Dachpfannen entscheiden können." Moderator Dr. Claus ermahnt ihn zur Sachlichkeit. Bezirksbürgermeister Rüdiger Schmidt gibt Drabig jedoch recht: "Dieses Gebiet ist für eine Großbaustelle tot — und ich freue mich darüber, dass es tot ist."